

Frank H. Epp

LEHREN AUS DER MENNONITISCHEN GESCHICHTE FÜR DIE WELTKONFERENZ IN CURITIBA

„Das einzige, was sich aus der Geschichte lernen läßt“, meinte jemand, „ist dies, daß wir nichts aus ihr lernen.“ Das ist wahrscheinlich eine Übertreibung, aber es ist wohl nicht zuviel, wenn man fordert, daß wir noch wesentlich besser auf das merken, was uns die Geschichte lehrt, wenn wir geschichtliche Fehler vermeiden wollen.

„Die sich weigern, etwas aus der Geschichte zu lernen“, meinte George Santayana, „müssen sie wohl oder übel wiederholen.“ Heute können wir sehr deutlich sehen, wie die Amerikaner die Fehler der Franzosen in Vietnam einfach deswegen noch einmal begehen, weil sie sich bis heute weigern, die geschichtliche Lektion zu akzeptieren, daß das Zeitalter erfolgreicher imperialistischer Interventionen zu Ende ist.

Wenn wir in unsere eigene Geschichte sehen, so gibt es in ihr vieles zu lernen, wesentliches und unwesentliches, und jeder von uns hat zweifellos seine Lieblingsgesichtspunkte. Was mich dabei im Blick auf die für 1972 geplante Mennonitische Weltkonferenz am meisten interessiert, hat mit der Revolution und mit der Trennung von Staat und Kirche zu tun. Beide Komplexe sind sowohl für die Gegenwart wie für das Jahrhundert unserer Entstehung von Bedeutung.

Das beginnende 16. Jahrhundert brachte die Notwendigkeit für eine tiefgreifende Erneuerung der europäischen Gesellschaftsordnung mit sich. Das Zeitalter der protestantischen Reformation war genau wie unsere heutige Zeit eine Periode des Protestes und der revolutionären Umwälzungen. Nicht nur erhob sich der Ruf nach einem neuen Leben und einem erneuerten Glauben innerhalb der Kirche, nach neuer Autorität und erneuerter Theologie, nach einer gewandelten Ausübung der Religion; darüber hinaus bestand das Verlangen nach einer grundsätzlichen Reform der ganzen Gesellschaft, wenn es sich auch kaum deutlich artikulierte. Der Bauernkrieg ist für diese Zeit ebenso symptomatisch wie die Revolte der Priester und der Fürsten.

Durch unsere Vorväter sind wir Teilhaber an dieser Revolution im 16. Jahrhundert. Sie erkannten die Notwendigkeit für Veränderungen, und sie wurden zu Führern bei diesen Veränderungen.

Ihre Führerschaft bestand nicht darin, daß sie sich einfach diesen Strömungen anschlossen. Im Gegenteil, sie wurden zu Reformatoren mitten unter den Reformatoren, zu Revolutionären unter den Revolutionären, weil sie sich für bessere Leitbilder einsetzten und einen über alles Revolutionäre hinausgehenden gewaltlosen Lebensweg annahmen. Wonach sie strebten, haben wir als die „täuferische Vision“ bezeichnet.

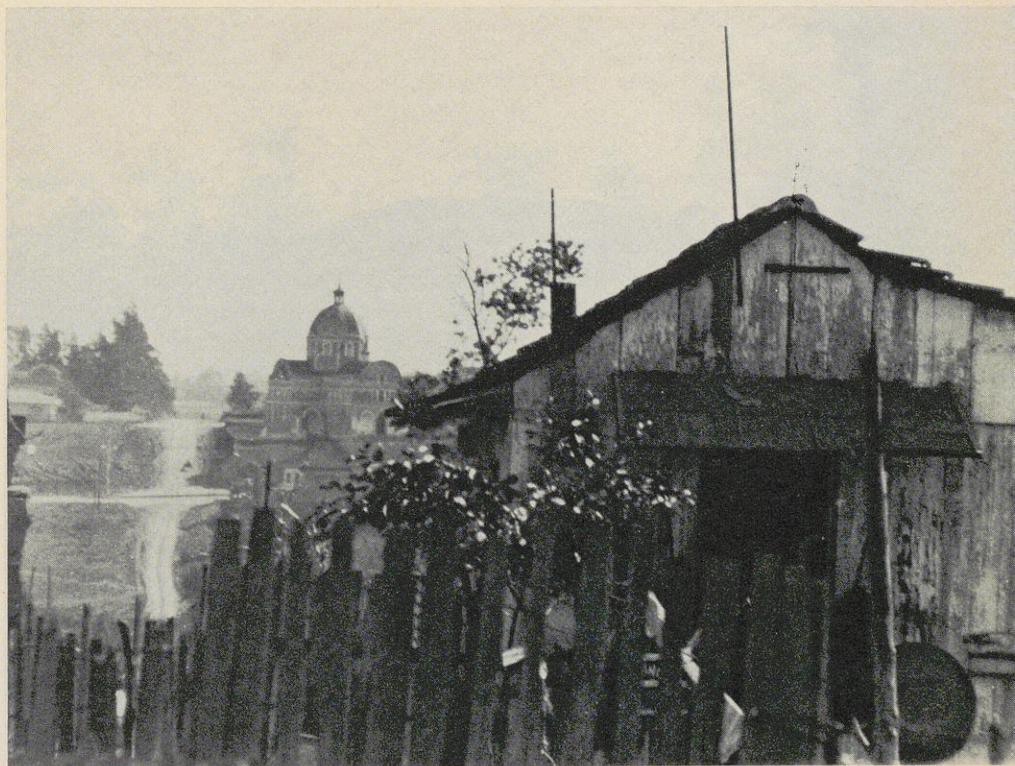
Wir leben im 20. Jahrhundert, das sich in manchem gar nicht so sehr vom 16. unterscheidet. Auch heute ist unsere Welt gekennzeichnet durch wissenschaftlichen Fortschritt, neue Massenkommunikationsmittel, wirtschaftliche Ungleichgewichtigkeiten, soziale Ungleichheiten, durch Mißbrauch von Macht und Aufstände von Unterdrückten. Wie das 16., schickt sich auch das 20. Jahrhundert an, eine neue Weltordnung hervorzubringen, und die Frage, die sich den Mennoniten stellt, ist die, ob sie den Weg weisen oder den Notwendigkeiten hinterherhinken wollen.

Natürlich ist es wahr, daß wir mit vielen sogenannten Revolutionären wenig gemein haben. Auch Menno Simons unterstützte nicht die gewalttätigen Bauern und die Ereignisse von Münster, aber gerade deswegen eiferte er um so mehr für das Reich Gottes. Ebenso heute: mit Marxisten nicht übereinzustimmen, ist noch lange keine Entschuldigung dafür, auf der falschen Seite des unaufhaltsamen Wandels zu stehen, weder in Rußland noch in Nord- oder Lateinamerika.

Eng verknüpft mit dem Gesagten ist die Frage nach dem Verhältnis der Kirche zur Gesellschaft, und so können wir als zweites nicht umhin, die sogenannte Lehre von der Trennung von Staat und Kirche ebenfalls als Lektion der Geschichte zu bedenken. Im Blick auf die Weltkonferenz 1972 muß diese Überlegung gefaßt werden als die Frage nach der Trennung von Glaube und Politik, was konkret heißt: mennonitischem Glauben und heutiger brasilianischer Politik.

Die Anschauung von der Notwendigkeit der Trennung beider Bereiche ist in den letzten Jahren Allgemeingut geworden, nicht nur unter den Mennoniten, sondern unter den Christen ganz allgemein, besonders in Nordamerika. Das ermöglichte eine bequeme Flucht vor christlicher Verantwortung, besonders wenn man an so schwierige Dinge wie den Vietnamkrieg denkt.

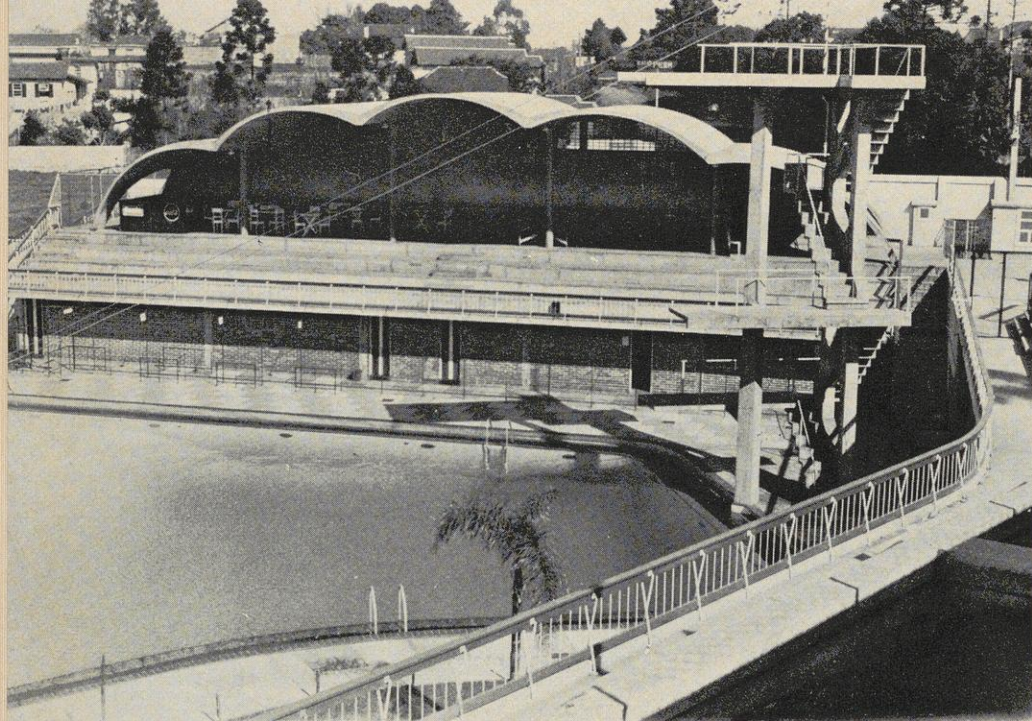
Die Problematik der Trennung beginnt für uns, wenn man annimmt, daß Staat und Kirche grundsätzlich gar nichts miteinander zu tun haben. Denn das ist falsch. Beide haben ihre Berührungspunkte vor Gott und im Menschen. Es gibt für Kirche und Welt nur einen Herrn, nicht zwei. Es gibt nur einen Willen Gottes für die Menschen, nicht zwei verschiedene. Es gibt



5 Blick auf Curitiba

6 Am Rande von Curitiba

Fotos: Rich. Hertzler



7 Curitiba

8 Favela am Stadtrand



9 Mennonitengemeinde Vila Guarua in Curitiba

10 Im Chaco (Paraguay)



- 11 Indianerbehausungen im Chaco
- 12 Sesshaftgewordene Indianer

nur ein Reich Gottes, nicht zwei. Es ist ein und derselbe Mensch, nicht zwei verschiedene, der staatliche Steuer und kirchliche Abgaben zahlt, und das in ein und derselben Währung, aus einem Geldbeutel.

Das Wesen der Trennung besteht in der geistlichen Frage nach dem wahren Herrn. Für die ersten Christen ebenso wie für die Täufer war Christus der Herr. Im Gefüge ihrer Zeit bedeutete die Trennung, Gott über und nicht unter den Staat zu setzen, den Staat Gott unterzuordnen, anstatt ihn über Gott hinaus zu verselbständigen.

Die Überzeugungen der Täufer erwuchsen auf der einen Seite aus ihrer Lektüre des Neuen Testaments und ihrer Bereitschaft, den König der Könige und Herrn aller Herren ernst zu nehmen, und auf der anderen Seite aus ihrer Beobachtung der damaligen Beziehungen zwischen Staat und Kirche. Für diese gab es zwei grundsätzliche Möglichkeiten, und beide waren für sie unannehmbar.

In erster Linie lehnten sie die katholische Integration von Staat und Kirche ab, bei der die Kirche selbst zu einem Staat gemacht wird, der imperiale Macht ausübt, große Ländereien besitzt, große Armeen braucht und alle Züge trägt, die man gewöhnlich mit politischer Herrschaft verbindet.

Als zweites gab es die lutherische und reformierte Variante, bei der man zwar das katholische Weltreich ablehnte, selbst aber andererseits es erlaubte oder oft sogar forderte, daß die Fürsten offiziell oder heimlich mit ihrer politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht der Kirche zu Hilfe kamen, um die christliche Sache zu verteidigen und zu stützen oder gar auszubreiten.

Die Täufer verwarfen beide Möglichkeiten und beide aus den gleichen zwei Gründen: Zum ersten konnten sie es nicht akzeptieren, die Kirche Christi in ihrer Stärke abhängig zu sehen von weltlicher Macht. Das Evangelium braucht das Schwert nicht zu seiner Verteidigung oder Proklamation, und wo das so war, war es nicht mehr das reine, sondern ein entartetes Evangelium.

Zweitens konnten sie die Forderungen nicht annehmen, die die weltliche Macht ihrerseits an die Kirche stellte. Diese Forderungen oder Erwartungen, so meinten sie, usurpieren die Autorität, die alleine Gott zukommt. Wo immer das vorkam — und nach der Meinung der Täufer geschah das fortwährend überall — mußten Staat und Kirche getrennt werden.

Diese Trennung bedeutete für sie keine Herabsetzung des Staates. Ebenso wenig war damit andererseits gemeint, daß die Kirche nicht Bitten, Empfehlungen, Ratschläge, Ermahnungen oder Verurteilungen an die Adresse des

Staates richten könnte. Ganz im Gegenteil, Menno Simons sah sich dauernd gezwungen, nicht nur seine Glaubensbrüder und die Katholiken und Protestanten, sondern auch die weltlichen Machthaber anzureden.

Seine Schriften sind voller Bezugnahmen auf „Eure Hoheiten und Exzellenzen“, und eine seiner Schriften trägt sogar den Titel „Eine eindringliche Bittschrift an alle Obrigkeiten“. Menno bat diese Machthaber und Fürsten nicht nur, ihre täuferischen Feinde weniger streng zu behandeln, sondern er ermahnte sie auch, „Gott und sein Gericht zu fürchten und ihr irdisches fleischliches Leben zu erneuern“, wobei er sie daran erinnerte, daß auch sie unter dem Gericht des „Regenten aller Regenten“ standen: „O ihr ehrenwerten Herren und Fürsten, es richtet sich gegen Ihn selbst, daß ihr in dieser Weise mit eurem Rat und Schwert und Waffen kämpft.“

Das war die „Trennung von Staat und Kirche“, die sie vertraten. Man könnte es das Bewußtsein von der Autorität Christi über das ganze Leben einerseits nennen, und ein kritisches Empfinden für den Versuch des Staates andererseits, ebenfalls Autorität über das ganze Leben der Menschen einschließlich der Kirche zu gewinnen.

Trennung der Bereiche bedeutete gerade nicht, „die Stillen im Lande“ zu sein, sondern es forderte geradezu dazu heraus, die Prophetischen im Lande zu werden! Und genau dies brachte für die frühen Täufer die Verfolgung mit sich. Meistens, wenn nicht immer kamen ihre Schwierigkeiten genau daher, daß ihre Art der „Trennung“ nicht eine schweigende Unterordnung unter ein System bedeutete, das den Anspruch erhob, göttlich zu sein, sondern vielmehr die entschiedene Forderung, daß alle menschlichen Angelegenheiten in dem Licht des „Herrn aller Herren und Königs aller Könige“ gesehen werden müssen.

Wie wir gesehen haben, hatten die Katholiken und die protestantischen Reformatoren große Schwierigkeiten mit einer derartigen Ordnung, weil sie so vollständig von weltlichen Mächten abhängig waren, sich mit ihnen identifizierten und ihre Sicherheit von ihnen her zu gewinnen suchten. Freilich stehen sie mit dieser Erfahrung nicht allein, vielmehr ist dieses Problem vielen Christen vor und nach der Zeit der Reformation bekannt.

Zwei sehr bedenkenswerte Beispiele dafür sind die Situationen in Deutschland in den dreißiger und in Amerika in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Noch vor einer Generation machten deutsche Christen mit bei „Deutschland, Deutschland über alles“. Und heute sind amerikanische Christen unter Einschluß der Mennoniten mehr und mehr geneigt, die Sache Gottes mit der Sache Amerikas gleichzusetzen.

Natürlich gibt es verständliche historische Erklärungen für dieses Phänomen. Nach einem generationenlangen Leben unter totalitären Regimen, wo sie verfolgt wurden, waren die Mennoniten irgendwie disponiert für eine Identifizierung mit solchen Gesellschaften oder Regimen, die für sie selbst Schutz, Freiheit und Privilegien bedeuteten. Das zaristische Rußland, Deutschland, Kanada, die Vereinigten Staaten und einige lateinamerikanische Länder waren solche Gesellschaften.

Aber unsere eigene Befreiung und unsere Privilegien nahmen uns den Blick für die Tatsache, daß genau dieselben Gesellschaften, die für uns das Paradies bedeuteten, in einem größeren oder kleineren Umfang Verfolgung, Versklavung und Zurücksetzung für andere Mitglieder dieser gleichen Gesellschaft bedeuteten — so geschehen gegenüber Indianern in Kanada, Neger in den USA, Juden in Deutschland, den Leibeigenen im zaristischen Rußland, der armen Landbevölkerung in Lateinamerika.

Unsere „Trennung“ hinderte uns niemals, an Regierungsvertreter aller Ebenen zu schreiben, mit ihnen zu verhandeln und uns mit ihnen zu solidarisieren, wenn es darum ging, unsere Privilegien auszuweiten; wohl aber hat uns diese „Trennung“ daran gehindert, prophetisch zum Staat im Namen der Rechte anderer Menschen zu sprechen. Im letzteren Falle meinten wir immer, unser Glaube würde mit politischen Dingen vermischt. Welche Konsequenzen sind aus alledem für Curitiba zu ziehen? Wir müssen erstens sehr genau überprüfen, was wir meinen, wenn wir die Trennung von Staat und Kirche propagieren. Es könnte sonst sein, daß wir die Täufer mit Worten korrekt zitieren und doch das, was sie meinten, gerade verfehlen.

Sie stellten sich der Verantwortung, wir könnten ihr auf diese Weise leicht entfliehen. Sie riefen Regierende zur Buße und zum Gehorsam, während wir ihnen allzu leicht bei ihren falschen Wegen auch noch das gute Gewissen geben. Für die Täufer war Trennung Trennung, wo sie für uns allzu oft in Wahrheit Identifizierung bedeutet. Für sie bedeutete das alles Anteilnahme, für uns aber Sich-heraus-halten.

Das Gesagte bedeutet nicht, daß wir nach Lateinamerika gehen müssen, bewaffnet mit Resolutionen an die Adresse der lateinamerikanischen Regierungen — wir sollten in jedem Fall an unsere eigene Regierung zuerst denken. Aber es bedeutet, daß unser Glaube, wenn wir gewillt sind, ihn ernst zu nehmen, sich auf alle Gebiete des Lebens bezieht. Der bewußte Versuch, für einen Teil des Lebens dem Glauben die Relevanz abzusprechen, ist in Wahrheit nichts anderes als der Versuch, die Herrschaft Christi über einen Teil unseres Lebens abzustreifen. Alle unsere christlichen Worte —

und unsere Worte sollten mehr christlich als politisch sein — werden, wenn sie wirklich aus dem Glauben kommen, tiefgreifende und unbequeme politische Konsequenzen haben, und das nicht nur für Lateinamerika. Das ist es, worum es bei der gebotenen Trennung und der tatsächlichen Revolution wirklich geht.